

Vortrag

von
Alexander Wolters

Effektive Demokratieförderung? Zum Versuch des Aufbaus zivilgesellschaftlicher Strukturen durch externe Akteure in Kirgizstan

1. Einleitung zum Vorhaben

In meinem Vortrag möchte ich in aller gebotenen Kürze auf die Problematik der Förderung von Zivilgesellschaft durch externe Akteure in Kirgizstan eingehen. Ich möchte die Diskussion um diese Förderung in groben Zügen nachzeichnen und immer wieder mit den von mir beobachteten Verhältnissen in Kirgizstan konfrontieren.

Am Ende meines Vortrages steht ein Plädoyer für einen Perspektivenwechsel der internationalen Gebergemeinschaft, durch den vielleicht Optionen für eine alternative Förderung von Demokratisierungsprozessen in Kirgizstan in den Blick gerückt werden.

2. Die Förderung von Demokratieentwicklung I

Wenn von Zivilgesellschaft und ihrer möglichen Förderung in vermeintlich demokratisierenden Ländern die Rede ist, schieben sich zwei Fragen in den Vordergrund:

1. dürfen oder sollten externe Akteure bei ihrer Förderung von Demokratisierungsprozessen parteiisch vorgehen?
2. was ist unter der Zielvorgabe „Demokratieentwicklung“ effektiver: die Förderung von Parteien oder die von NGOs als die eigentlichen Akteuren von Zivilgesellschaft (weil unpolitisch)

Die erste Frage betrifft vor allem die Förderung von Parteien: sollte ohne Unterschied allen Parteien eines Entwicklungslandes Unterstützung zukommen? Oder dürfen, wie besonders von westeuropäischen Parteienstiftungen bevorzugt, ideologische Partnerschaften zwischen Geber- und Nehmerparteien geschlossen werden, über die Hilfe dann prozessiert wird? Diese Diskussion lässt sich in einem zweiten Schritt auch noch erweitern: NGOs als i.d.R. politisch neutrale Organisationen entgehen theoretisch der Frage. Allerdings weisen viele Entwicklungsländer und postkommunistischen Länder Verhältnisse auf, die das Problem auch für sie akut werden lassen.

Es ist z.B. möglich, dass in einem repressiven Herrschaftssystem entweder Parteien gar nicht erlaubt sind oder nur unter erschwerten Umständen existieren können und ihre Aktivitäten deswegen kaum Wirkung zeitigt, was NGOs als „Ersatzparteien“ fördert. Im Extremfall ist sogar jegliche Tätigkeit von NGOs politisch; dann nämlich, wenn das Herrschaftssystem so repressiv ist, dass jegliche gesellschaftliche Autonomie von den Machthabern als Bedrohung empfunden wird. Zu dieser Diskussion über eine mögliche Parteinahme gesellt sich die oben bereits erwähnte zweite Frage nach den Vorzügen entweder einer Parteien- und Parteiensystemförderung oder aber NGO- Förderung bzw. Förderung dessen, was gemeinhin unter dem Begriff Zivilgesellschaft verstanden wird. Nach wie vor fließt sehr viel Geld in die Förderung von Parteien; es kann aber auch festgehalten werden, dass sich in der letzten Zeit der Förderschwerpunkt zugunsten von NGOs, besonders sogenannter „advocacy NGOs“ verlagert hat. Die das Problem der Förderung unter dem Vorzeichen der Parteinahme zumindest formal umgehenden NGOs können weitaus effektiver Unterstützung umsetzen (häufig sind die gesetzlichen Regelungen zur Förderung von NGOs weniger umständlich als zur Förderung von Parteien) und sind in ihrem Beitrag zur Demokratisierung weitaus effektiver, bzw. werden von Gebern als effektiver wahrgenommen. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Erfahrung mit Jahren der Förderung von staatlichen Strukturen und Exekutiv- und Legislativorganen, die nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hat. Nun soll die Zivilgesellschaft gestärkt werden in der Hoffnung, einmal entwickelt und etabliert vermag sie es, staatliche Agenturen für ihr Handeln in die Verantwortung zu nehmen.

3. Kirgizstan I Beleg I

In Kirgizstan ist dieser Trend zu beobachten. NGOs gibt es viele, manche agieren parteiisch, die meisten versuchen, neutral aufzutreten. Die Förderung von Parteien existiert ebenfalls, allerdings sind hier wenig Fortschritte zu verzeichnen, da auf Grund ausbleibender gesetzlicher Anreize das Parteienwesen in einer embryonalen Phase stecken geblieben ist. Im Parlament spielen Parteien keine Rolle und auch außerhalb sind sie kaum präsent. NGOs und auch CBOs als Aktivposten einer Zivilgesellschaft sind verantwortlich für die Entwicklung von Demokratie. Das Spektrum reicht dabei von der Förderung von lokalen Bürgerbewegungen bis hin zu advocacy NGOs in der Hauptstadt Bischkek.

Allerdings ist in Kirgizstan ein Phänomen zu beobachten, dass auch für andere Länder mit ähnlichen Förderstrukturen beschrieben wurde. Die Förderung von zivilgesellschaftlichen Strukturen durch externe Akteure sorgt für die Entstehung einer „associational culture“. Die unterstützten NGOs werden zunehmend zu institutionellen und programmatischen Verlängerungen der Donors. Wie Camilla Orjuela bei ihrer Analyse der Rolle von NGOs im Friedensprozess auf Sri Lanka festhält: „NGOs are held accountable to donors rather than to the local population“. Die Folgen dieser Ausrichtung beschreibt Megan Falvey am Beispiel kasachischer Umwelt NGOs: “One of the greatest weaknesses of NGOs in Kazakhstan is that they have no direct link or contact with the local population. They do not function [...] as

mediators between the government and the people. They function independently from both government and the people.” Bei einem Kurzaufenthalt in Kyrgyzstan im Herbst letzten Jahres konnte ich mir ein Bild von ähnlichen Entwicklungen machen. Symptomatisch war die Tätigkeit einer jungen Frau bei den UN, die im Rahmen eines Projektes zur Förderung kultureller und sozialer Aktivitäten in Kyrgyzstan eingestellt worden war. Allerdings bestand ihre Aufgabe nicht in der Verwaltung der Mittel oder der Bewertung von eingereichten Anträgen. Ihre Arbeit war es vielmehr, zusammen mit vier weiteren Kollegen mögliche Anträge von Organisationen so zu modifizieren und zu professionalisieren, damit sie überhaupt in den Verarbeitungsapparat bei den UN eingespeist werden konnten. Die Geberseite übernimmt also eine aktive Rolle in der Veränderung der Kultur der empfangenden Organisation durch die Umformung der organisationseigenen Modi der Ressourcenbeschaffung. Das hat in der Praxis zwei Folgen: durch die Ausrichtung von vormals unberührten Mittelansuchen entlang von für das Bewertungsorgan (hier UN) verstehbaren Kriterien verliert der Mittelansuch einen Großteil seiner Informationen über die mittelbeantragende Organisation. Zweitens ist davon auszugehen, dass durch Lerneffekte auf Seiten der Mittel beantragenden Organisation es zu einer Strukturveränderung innerhalb selbiger weg von inhaltlicher Gebundenheit hin zu professionalisierter Mittelgenerierung kommt. Ursprünglich als Ausdruck eines vielleicht noch weniger klar umrissenen Bedürfnisses zum Einsatz für eine klare Sache gegründet wandelt sich die Organisation so zu einem professionell agierenden Empfänger für Mittel bei Einsatz für eine eher beliebige Sache.

Das heißt letztlich nichts anderes, als dass eine Sphäre von Mittel abschöpfenden Organisationen geschaffen wird, deren Verflechtung mit der eigentlich zu demokratisierenden Gesellschaft stark reduziert ist.

4. Kyrgyzstan I Beleg II

Ein weiterer Beleg für diese *associational culture* zivilgesellschaftlicher Organisationen, bzw. ihrer verminderten Verwurzelung in der kyrgysischen Gesellschaft ist vielleicht auch der ausbleibende Effekt auf die dortigen Entwicklungen.

Die Revolution vom März 2005 hat das Land in die Schlagzeilen gebracht und Hoffnungen im Aus- wie im Inland ob dieser Ansteckung mit dem Revolutions- und Demokratievirus geweckt. Die postrevolutionären Entwicklungen enttäuschten diese Hoffnungen.

Zwar wurde Kurmanbek Bakiev bei den „freiesten und fairsten“ Wahlen in Zentralasien seit langem (OSCE) mit beinahe sowjetischem Ergebnis zum neuen Präsidenten gewählt und auch unter Felix Kulov als Premier nach einigen Auseinandersetzungen mit dem Parlament ein funktionsfähiges Kabinett Anfang Oktober 2005 eingesetzt. Freedomhouse stufte die Republik nach fünf Jahren sogar wieder als partly free ein. Zuletzt hatte das Land diesen Status 1999. Und die größere Pressefreiheit und die gestiegene Öffnung des öffentlichen Raumes sind Entwicklungen, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen.

Auf der anderen Seite sieht sich Kirgizstan seit den Märzereignissen aber mit heftigen Problemen konfrontiert und es stellt sich die Frage, inwieweit die neue politische Elite es vermag, wieder einigermaßen geordnete Verhältnisse zu schaffen. Die wohl vorrangigste Aufgabe umfasst die Eindämmung des Einflusses mafiöser Strukturen in die Politik mit all ihren negativen Begleiterscheinungen. Seit der Konstituierung des Parlaments Ende März vergangenen Jahres wurden 3 der 75 Abgeordneten ermordet, darunter zwei mit offensichtlichen Verbindungen zu kriminellen Gruppen. Verteilungskämpfe um den Bazar in der südkirgisischen Stadt Osch haben weitere Leben gekostet und die Bestreikung der größten Kohlemine des Landes gipfelte in Drohungen zur gewaltsamen Zwangsäumung seitens des Staates und der Gegendrohung des bewaffneten Widerstandes durch die Minenbesitzer und -besetzer.

Im Hintergrund dieser für alle sichtbaren Konflikte laufen Auseinandersetzungen um die Reprivatisierung des ehemaligen Wirtschafts- und Finanzimperiums der Familie des ehemaligen Präsidenten Akaevs. Da alle teilhaben wollen und auch alle glauben, die Chancen stünden gut, auf der anderen Seite die Ressourcen aber nun mal begrenzt sind, kommt es zu Konflikten: das Kabinett gegen die Präsidialverwaltung, der Premier gegen den Präsidenten, das Parlament gegen Präsidenten und Präsidialverwaltung, alte Seilschaften gegen neue, alte Firmenbesitzer gegen neue Ansprüche. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Aus diesen sich überlagernden Konfliktlinien resultiert unter anderem ein Zustand der Unsicherheit. Entscheidungen werden täglich revidiert, noch mal umgeworfen und wieder vertagt, Entscheidungsträger werden ausgetauscht und versetzt. Klare Zuständigkeiten sind bei solchen Verhältnissen Mangelware.

Es profitiert von solch einer Situation gesteigerter Unsicherheit: die Korruption! Laut einer Umfrage unter lokalen Unternehmern stiegen die Bestechungsraten zwischen 200-500% an. Bei Transparency International rangiert Kirgizstan für das Jahr 2005 auf einem Platz unter den 20% der am meisten korrupten Ländern der Erde.

Ein möglicher Einfluss von auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung demokratischer Prozeduren pochenden Zivilgesellschaft ist in Kirgizstan nicht auszumachen. Es existieren einige Initiativen, die man zivilgesellschaftlichen Strukturen zuweisen kann, aber dabei handelt es sich eher um populistische Aktionen (Turgunaliyev) oder aber die Akteure sind so an den Rand der Ereignisarena gedrängt, dass ihre Aktionen verpuffen, ohne einen wirklichen Effekt zu haben.

5. Die Förderung von Demokratieentwicklung II

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, welche Optionen sich externen Akteuren in Kirgizstan bieten, um die Demokratieentwicklung in dem Land nach vorne zu bringen. Manche Ansätze der Debatte um eine effektivere Förderpraxis plädieren für ein breiteres Verständnis von Zivilgesellschaft und wollen auch jene Teile einer Gesellschaft unter dem Begriff verstanden

wissen, die man in der Regel als informell einstuft, also z.B. lokale Gemeinschaften, Verwandtschaftsverbände, Klane, bis hin zu religiösen Orden und Gemeinschaften. Der Streit in dieser Debatte verläuft entlang der Frage, inwieweit offenkundig sozial exklusiv ausgerichtete Gruppen überhaupt als „Zivilgesellschaft“ aufgefasst und als förderungswürdig eingestuft werden können. Ist es nicht besser, diese eher undurchsichtigen gesellschaftlichen Gruppen, deren Eigenleben nach schwer verstehbaren Regeln abläuft, außen vor zu lassen und sich auf NGOs zu konzentrieren, deren Aktivitäten entlang westlicher Arbeitsprinzipien und Normen organisiert sind? Und die darüber hinaus auch klar für jene Werte eintreten, die ganz oben auf den programmatischen Agenden westlicher Geber stehen; wohingegen sich die Ziele informeller Gruppen eher schwer in diese Programmatik einordnen lassen.

Ich möchte mich einer Antwort auf diese Frage nähern, indem ich auf unterschiedliche Potentiale dieser beiden zivilgesellschaftlichen Gruppen für einen Einfluss auf Demokratieentwicklung hinweise und mich dabei der meines Erachtens nach spannenden Sichtweise Dennis Galvans auf dieses Thema bediene.

Galvan kommt bei einer Analyse der Demokratieentwicklung im Senegal zu dem Schluss, dass informellen Gruppen durchaus eine gewichtige Rolle für die Möglichkeit der Entfaltung von Entscheidungsfindungsprozessen nach Normen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zufallen kann. Er nutzt für seine Analyse Putnams Aufteilung von Sozialem Kapital in „Bridging“ und „Bonding“. Ersteres findet sich in gesellschaftlichen Gruppen, in denen soziales Vertrauen über die Identifikation gemeinsamer Interessen generiert wird. Gruppen, die sich durch *Bridging Social Capital* auszeichnen, sind potentiell offen für andere Menschen. Entscheidend ist die Präsenz gleichgelagerter Interessen. *Bonding Social Capital* auf der anderen Seite findet sich in gesellschaftlichen Gruppen, in denen sich die einzelnen Mitglieder über eine gemeinsame ethnische oder religiöse Zugehörigkeit identifizieren. Man wird in diese Gruppen hineingeboren oder durch einen speziellen Ritus zu einem Angehörigen gemacht. Diese Gruppen sind geschlossen und grenzen sich bewusst gegenüber ihrer Umwelt ab.

Galvan nun identifiziert im Senegal entlang dieser Teilung in BonSC und BridSC zwei relativ klar getrennte Bevölkerungsgruppen. In der einen Gruppe findet sich *überbrückendes Sozialkapital*, in der anderen *abgrenzendes*. Die zweite Gruppe, im Senegal sind das Religionsgemeinschaften, wird durch spezielle Absprachen an der Beteiligung von demokratischen und rechtsstaatlichen Entscheidungsfindungsprozessen, wie sie von der ersten Gruppe zur Herrschaft über das gesamte Land organisiert werden, ausgeschlossen. Allein diese Absprachen sind dafür verantwortlich, dass Gruppen von Prozessen fern gehalten werden, die einer Einbettung in Bridging Social Capital bedürfen, andernfalls ihr Funktionieren nicht mehr garantiert werden kann. Galvan befürchtet, dass ein Zusammenbruch der Abkommen zwischen den Führern beider Gruppen zu einer unkontrollierten Partizipation von Mitgliedern der zweiten Gruppe in den demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen führt, was letztlich die Einbettung selbiger in Bridging Social Capital zerrüttet und sie unterminiert. Anders ausgedrückt: demokratische und rechtsstaatliche

Entscheidungsfindungsprozesse werden korrumpiert, wenn an ihnen Gruppen teilnehmen, welche die Prinzipien von Transparenz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht anerkennen.

Aufbauend auf diesen Ergebnissen der Untersuchung Galvans möchte ich drei Schlussfolgerungen machen. Erstens sollte aus ihnen nicht geschlossen werden, dass Gruppen, die sich durch Bonding Social Capital auszeichnen, generell der Demokratie abträglich sind. Allein ihre Beteiligung an entsprechenden Entscheidungsfindungsprozessen gilt es zu begrenzen. Andererseits zeigt die Untersuchung auch, dass nicht automatisch eine jede Beteiligung informeller Gruppen an wie auch immer gearteten Entscheidungsfindungsprozessen förderlich sein muss. Zweitens zeigt das Beispiel Senegal, dass das Zusammenspiel beider Gruppen nicht dem Zufall überlassen ist. Es scheint, als wäre eine Einflussnahme möglich. Und drittens: ich glaube nicht, dass in der Realität so eindeutig zwischen verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft unterschieden werden kann. Zumindest habe ich erhebliche Zweifel ob einer klaren Trennung beider Sozialkapitaltypen in Bezug auf eine Gesellschaft wie die kyrgysische.

6. Kyrgyzstan II

Ein Blick auf Kyrgyzstan gibt über den dritten Punkt Aufschluss: dem Beobachter Kyrgyzstans fällt es nicht schwer, informelle Gruppen auszumachen. Überall ist die Rede von „Rody“, hier übersetzt mit Klänen, überall wird auf die regionale Herkunft von Politikern hingewiesen, um zu verdeutlichen, wer wohl von den zu verteilenden Ressourcen des durch den entsprechenden Politikers eingenommenen Amtes profitieren wird. Hat ein politischer Entscheidungsträger sein Ziel nicht verwirklicht bekommen, so mobilisiert er kurzerhand seine regionale Basis und karrt sie auf dem Busweg vor das Weiße Haus in Bischkek, um so seine Kooptationschancen zu erhöhen.

In seiner ganzen Gewichtigkeit brachte die Revolution vom März die Rolle informeller Gruppen auf politische Entwicklungen in Kyrgyzstan zur Anschauung: lokal verwurzelte Gruppen, Dorfgemeinschaften und Verwandtschafts- und Nachbarschaftsverbände oder aber andere informelle Gruppen wie Sportvereinigungen und Arbeiterzusammenschlüsse. Sie bestimmten die Dynamik jener Zeit. Sie stellten die Teilnehmer von Protestkundgebungen und organisierten Demonstrationen. Und das auch – ein weiterer Hinweis auf die marginalisierte Rolle von formalen Organisationen bei der Revolution in Kyrgyzstan – anfangs in der Provinz, nicht in Bishkek. Die Ereignisse in Bishkek dauerten nur einige Tage an und endeten in der Flucht Akaevs, der Erstürmung des Regierungspalastes und in der anschließenden Plünderung des Zentrums der Hauptstadt.

Formale zivilgesellschaftliche Kräfte schienen nur marginal an dem ganzen Spektakel beteiligt. Trotz ihrer Präsenz in nationalen und internationalen Medien. Exemplarisch lässt sich hier die Rolle von Kel-Kel, dem kyrgysischen Pendant zu Studierendenorganisationen wie Pora in der Ukraine und Otpor in Serbien, anführen. Mit einer eher schwachen Programmatik ausgestattet, ohne die nötige Verwurzelung in anderen Schichten der Gesellschaft und einem kleineren

Aktivistenkreis, vermochten es die Studierenden nicht, auf die Entwicklungen entscheidenden Einfluss zu nehmen. Ähnlich verhält es sich mit anderen formalen Gruppen.

Es kann festgehalten werden, dass die politischen Eliten in Kirgizstan sich auszeichnen durch ihre Verbundenheit zu informellen Netzwerken. Die Revolution hat dies verdeutlicht. Sie stehen nicht unbedingt in einem Abwehrkampf gegen solche oder versuchen die Behinderung ihres Einbruchs in die der Politik vorbehaltenen Sphäre liberaler Entscheidungsfindungsprozesse. Sie sind aktiv Teil informeller Gruppen und als solche auch um ihr Reproduktion bemüht!

Wie ist dieses Durcheinander nun zu verstehen? Es scheint, dass in Kirgizstan gar keine gesellschaftlichen Räume existieren, in denen sich Gruppen entfalten könnten, die sich durch Bridging Social Capital auszeichnen und Entscheidungen fällen aufbauend auf eben diesem Sozialkapital. Senegalesische Zustände mit einer klaren Trennung lassen sich in Kirgizstan nicht ausmachen. Der Grund hierfür liegt vermutlich in einer unterschiedlichen Kolonialgeschichte. Während Senegal – und das hebt Galvan auch hervor – unter französischer Herrschaft eine tatsächliche Teilung der Bevölkerung in urbane Elite mit liberalem Geist und rurales Bauerntum mit traditionaler Ausrichtung erfuhr, bekam Kirgizstan erst unter dem Zarenreich und weitaus heftiger dann unter der Sowjetunion eine Modernisierung verpasst, die jegliche klare Zweiteilung der Bevölkerung nach senegalesischem Muster von vorneherein konterkarierte und die immer wieder den bis dato informellen Gruppen aus allen Bevölkerungsschichten des Landes Zugänge öffnete zu gesellschaftlichen Räumen, wie sie im Senegal nur den liberalen städtischen Eliten vorbehalten worden waren. Das Resultat in Kirgizstan war eine sehr frühe Verquickung beider Sozialkapitaltypen und die Herausbildung von Gruppen, die ihr Handeln entlang beider Typen ausrichteten.

7. Schlussfolgerungen

Man kann also an diesem Punkt festhalten: die bisherige Förderung von Demokratisierungsprozessen in Kirgizstan ist von wenig Erfolg geprägt. Die Diskussion um Förderung von Parteien oder Förderung von NGOs verliert an Wert angesichts der Zustände in Kirgizstan, wo sich eine *associational culture* durchgesetzt hat, die auf die Kluft zwischen Demokratisierungsakteuren und zu demokratisierender Gesellschaft verweist. Der Einbezug informeller Gruppen in den Demokratisierungsprozess, selbst die demobilisierte Form dieser Einbeziehung, wie sie Galvan aufbauend auf der Unterscheidung von Bridging und Bonding Social Capital aufzeigt, ist für Kirgizstan nur schwer umsetzbar, da die Sozialkapitaltypen miteinander zu verflochten sind.

Kann man daraus aber schlussfolgern, dass jeglicher Versuch der Einflussnahme von Vorneherein zum Scheitern verurteilt ist? Ich glaube nicht. Einzelne Akteure, die explizit für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintreten gibt es. Und Möglichkeiten, den Einfluss informeller Gruppen aus Sphären liberaler Entscheidungsfindung zurückzudrängen, auch. Zugegeben, diese Möglichkeiten

sind wohl begrenzt. Das haben meine bisherigen Ausführungen hoffentlich deutlich gemacht. Das soll aber nicht heißen, dass man diese begrenzten Möglichkeiten nicht nutzt.

Lohnender wäre es aber vielleicht, angesichts eines so schwierigen Operationsgebietes, wie es Kyrgyzstan für die internationale Gebergemeinschaft darstellt, alternative Ansätze zu versuchen, die abseits der herkömmlichen Herangehensweise von internationalen Demokratisierungshelfern liegen. Vielleicht wäre es sinnvoll zu schauen, wo eigentlich politisch brisante Prozesse in der kyrgyischen Gesellschaft stattfinden, welche Themen sich lohnen, um Menschen politisch zu aktivieren. Sozialwissenschaftler und Anthropologen weisen längst darauf hin, dass es nicht die großen Fragen wie Minderheitenbeteiligung oder Transparenz von Wahlen sind, die die Leute auf den Straßen in Kyrgyzstan wirklich interessieren. Selbst wenn vom Westen finanzierte Organisationen um solche Themen einen großen Wirbel verursachen. Entscheidender scheinen Fragen nach Bus- und Taxilizenzen, Konflikte um Markt- bzw. Basarrechte, Land- und Baurechte. Hier findet sich meiner Meinung nach „Material“, dass zu einer Politisierung von Gesellschaft herangezogen werden könnte. Hier findet sich der Stoff, aus dem bei entsprechender Förderung und Begleitung neue politischer Initiativen entstehen könnten, die sich dann unter Umständen in politische Konflikte übersetzen ließen und schließlich in der Aushandlung neuer Spielregeln für ein gesellschaftliches Miteinander münden könnten.

Zugegebenermaßen, es gibt hier viel Konjunktiv und viele „Wenns“ und „Abers“. Und doch, zumindest die Änderung der Perspektive der Gebergemeinschaft angesichts der doch dürftigen Ergebnisse und der teilweisen Schiefelage der Diskussion um Förderung von Zivilgesellschaft sollte unternommen werden, um Optionen wenigstens andenken zu können.